

Patrick Henry Village: Würzner fordert konkreten Zeitplan vom Land

Heidelbergs OB will sich nicht hinhalten lassen – Brief an Ministerpräsident Kretschmann

Von Holger Buchwald

In der Frage um die Zukunft des Patrick Henry Village (PHV) macht Oberbürgermeister Eckart Würzner Druck. In einem Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann fordert er nun, dass dieser bis Ende November einen Zeitplan für den Umzug des Ankunfts- und Registrierungszentrums vorlegt. Die Vereinbarung mit dem Land zur Nutzung der ehemaligen US-Siedlung als Flüchtlingsunterkunft und zentrale Registrierungsstelle läuft im April 2018 aus. „Ich kann mir auch eine Verlängerung um ein oder zwei Jahre vorstellen. Aber diesen Vorschlag kann ich dem Gemeinderat nur machen, wenn das Land mit einem belastbaren Konzept belegt, dass wir hier in zwei Jahren Wohnungen und Büros für 10 000 Menschen bauen können“, stellte der OB gestern klar.

Heidelberg zähle seit Jahren zu den Städten mit der dynamischsten Entwicklung in ganz Deutschland. Daher werde PHV als letzte große Entwicklungsfläche, die als Bauland ausgewiesen ist, dringend benötigt. Die Planungen zu der 97,2 Hektar große Fläche sind Teil der Internationalen Bauausstellung (IBA). „Renommierte Architekten haben eine Entwicklungsvision entwickelt“, betont Würzner: „Die

Pläne stießen bei der größten Immobilienmesse Europas, der Expo Real, Anfang des Monats auf größtes Interesse.“ Rund 1200 Besucher informierten sich demnach an dem Stand über das Projekt. Würzner: Diese Dynamik müssen wir jetzt nutzen.“



Im Juli 2015 empfing OB Würzner (l.) Kretschmann (r.) in Patrick Henry Village. F: Rothe

Vor allem kritisiert das Stadtoberhaupt die Gedankenspiele von CDU und CSU im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene, aus PHV ein Abschiebezentrum zu machen. „Das lehne ich inmitten einer dicht besiedelten Region strikt ab“, so Würzner. Diese Pläne wür-

den den Charakter der Einrichtung grundlegend verändern. Sie müsste mit unüberwindbaren Zäunen und massivem Einsatz von Sicherheitspersonal abgeschottet werden. Würzner: „Es wäre die Kasernierung von Menschen anstelle der heute entwickelten Willkommenskultur.“ Um weitere Irritationen in der Flüchtlingsarbeit vor Ort zu vermeiden, fordert der Oberbürgermeister Kretschmann zur Klarstellung auf, dass so etwas in Heidelberg ausgeschlossen sei.

Direkt zum Würzner-Brief wollte sich die Landesregierung gestern nicht äußern. „Das Schreiben ist bei uns eingegangen und wird von uns auch zeitnah beantwortet“, so Carsten Dehner, Sprecher des Innenministeriums. Man wolle mit dem Heidelberger OB aber direkt und nicht über die Presse kommunizieren.

So viel verrät Dehner aber doch: Das Land benötige nach wie vor ein Ankunfts- und Registrierungszentrum – und zwar genau so, wie es derzeit in PHV existiere. Man wisse auch um die Bedeutung des Areals für die Stadtentwicklung Heidelbergs. „Wir sind dabei, Alternativstandorte zu prüfen“, so Dehner. Derzeit sind in der ehemaligen US-Siedlung 1900 Flüchtlinge untergebracht. Sie bleiben im Durchschnitt vier bis sechs Wochen hier.